

Einreichende: Christian Görke, Marco Büchel, Ronny Kretschmer, Ralf Christoffers, Thomas Domres, Bettina Fortunato, Hans-Jürgen Scharfenberg, Margitta Mächtig, Kirsten Tackmann, Anne-Frieda Reinke, Sebastian Walter, Josephin Bär, Jutta Vogel, Mario Dannenberg, Isabelle Vandr , Gerrit Große, René Wilke, Heidemarie Wiechmann, Stefan Ludwig

## **A2: Brandenburg gestalten - Kommunale Selbstverwaltung und Demokratie stärken**

LINKE Politik ist zukunftsorientierte Politik. Sie nimmt Veränderungen vor, wo sie für das Funktionieren des Gemeinwesens über den Tag hinaus unausweichlich sind, und setzt sich konstruktiv und dialogorientiert mit Widerständen auseinander, die den Status quo erhalten wollen. Damit Brandenburg der Lebensort bleiben kann, den so viele schtzen, und damit es der Lebensort werden kann, den sich so viele erhoffen, muss es sich verändern.

Doch so notwendig der Wandel im Interesse künftiger Herausforderungen ist, so sehr muss es sich auch durch Verbesserungen im hier und heute legitimieren. Wenn wir also die Verwaltungsstrukturen in Brandenburg reformieren, die Arbeitsteilung zwischen Land und Kommunen dezentralisieren und die Landkreise teils neu organisieren wollen, dann muss das zugleich mit unseren schon lange vertretenen Zielen einhergehen: der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürgern.

Das vom Landtag beschlossene Leitbild weist hier schon in die richtige Richtung. Um jedoch die nötigen Veränderungen verbindlich und tiefgreifend genug gestalten zu können, sind insbesondere Änderungen der brandenburgischen Kommunalverfassung vorzunehmen.

DIE LINKE. Brandenburg setzt sich daher dafür ein, dass:

1. die Möglichkeiten der Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Zusammenhang mit der Befassung mit dem Kreisneugliederungsgesetz folgende Regelungen zur Stärkung der unmittelbaren Demokratie getroffen werden:
  - bei einem Bürgerbegehren soll der bisher erforderliche Kostendeckungsvorschlag durch eine qualifizierte Kostenschätzung ersetzt werden,die Briefwahl bei Bürgerentscheiden soll zwingend ermöglicht und dazu der bisher mögliche Ausschluss der Briefwahl gestrichen werden,
  - die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Bürgerbegehren soll nicht mehr durch die jeweilige kommunale Vertretung, sondern durch die zuständige Kommunalaufsicht erfolgen,
  - der Negativkatalog des § 15 Absatz 3 der Kommunalverfassung von Verfahren, zu denen ein Bürgerbegehren ausgeschlossen ist, soll auf seine zwingende Notwendigkeit geprüft und gekürzt werden, indem z. B. die Bauleitplanung als Ausschlussgrund gestrichen wird,
  - es soll geprüft werden, ob die Quoren bei Bürgerentscheiden und Direktwahlen gesenkt oder abgeschafft werden können,
  - Kinder und Jugendliche sollen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden können.

2. den ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen, insbesondere den Kreistagsabgeordneten, die Ausübung ihres Mandates erleichtert wird. Darum sollen die kommunalen Fraktionen und die einzelnen Kommunalvertreter\*innen gegenüber den Verwaltungen gestärkt werden. Dazu gehören verbindlich geregelte auskömmliche finanzielle Mittel, um die Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit der Kreistagsabgeordneten mit konkreten Maßnahmen, wie z. B. hauptamtlich besetzten Fraktionsgeschäftsstellen verbessern zu können. Dazu gehört aber auch, dass überprüft wird, inwieweit die Kontroll- und Entscheidungsrechte der Kommunalvertreter\*innen in kommunalen Unternehmen gestärkt werden können.
3. Ortsteile und Ortsteilvertretungen gestärkt werden. Dazu sollen eigene Ortsteilbudgets beitragen.
4. das Anliegen der Dorfbewegung in Brandenburg, die sich die Pflege der Gemeinschaftlichkeit und Vielfältigkeit der Dörfer angenommen hat, politisch zu unterstützen, insbesondere der Grundsatz, dass bei Zentralisierungen von kommunalen Verwaltungsstrukturen die lokale Identität und demokratische Teilhabe der Dörfer als ländliche Siedlungen und lokale Gemeinschaften erhalten bleiben. Durch Einbeziehung der Dorfbewegung können die „Stimmen der Dörfer“ unmittelbar auf landespolitische Entscheidungsfindungen einwirken. Die Arbeit der Dorfbewegung soll finanziell unterstützt werden.
5. die Verwaltungen bürgernah gestaltet werden, indem die Bürgerinnen und Bürger wohnortnah alle wesentlichen Verwaltungsleistungen der Kreisverwaltungen in Anspruch nehmen können. Hierzu gehören Bürgerämter in zentralen Orten (z.B. die ehemaligen Kreisstädte vor der Reform von 1993), mobile Bürgerservices in den Gemeinden und Ortsteilen und zentrale Anlaufstellen in den Gemeinden. Aber auch die mögliche breite Nutzung digitaler Anwendungen zur Reduzierung von Behördenbesuchen. Dafür ist landesweit eine leistungsfähige und sichere, digitale Infrastruktur zu schaffen.